

Tag der Arbeit 2026 – Zentrale Kundgebung
„Erst unsere Jobs, dann eure Profite“

Yasmin Fahimi

Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Nürnberg, 01. Mai 2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist so schön, Euch alle heute hier zu sehen. Und gleichzeitig zu wissen, dass am Tag der Arbeit überall in Deutschland zehntausende, ja hunderttausende Menschen zusammenkommen.

Ihr seid nicht nur das Rückgrat dieses Landes – ihr seid der Motor, der jeden Tag dafür sorgt, dass hier überhaupt noch etwas läuft. Der Motor für Leistung und Innovation. Ihr wisst, dass die dauernden Angriffe auf den angeblich unbezahlbaren Sozialstaat nur ein weiterer Griff in eure Haushaltskasse bedeuten. Und ihr empört euch, wenn die Beschäftigten in unserem Land beschimpft werden, sie seien zu bequem, zu teuer und arbeitsscheu.

Und deswegen stehen wir heute hier und geben nicht auf, was wir über Jahrzehnte erkämpft haben. Deswegen sagen wir stolz und selbstbewusst: Erst unsere Jobs – dann eure Profite!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ja, es stimmt: Unser Land steckt tief in einer wirtschaftlichen Krise. Jeden Monat gehen tausende Arbeitsplätze verloren. Personalabbau, Stilllegungen, Verlagerungen und Sozialpläne, das sind die beherrschenden Themen für viele Betriebe. Die wirtschaftliche Dynamik ist ausgebremst. Wen wundert das, nach einer ganzen Verkettung von Hiobsbotschaften und Krisen. Pandemie. Krieg in der Ukraine. Handelskonflikte. Neue Kriege im Nahen Osten.

Es ist eigentlich ein Wunder, dass die deutsche Wirtschaft bisher überhaupt noch so stabil dasteht. Vielleicht ja auch deswegen, weil eben nicht alles zu teuer, zu behäbig, zu kraftlos ist in diesem Land!?

Lasst uns genauer hinschauen:
Wir haben tatsächlich massive strukturelle Probleme.
Zu wenig Investitionen in Zukunftstechnologien.
Einen Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur.
Völlig neue geopolitische Realitäten.

Und in aller Deutlichkeit sage ich auch:
Selbstgefälligkeit, Standortflucht und schwere Fehlentscheidungen in Teilen des Managements.

Es ist also völlig klar: Es ist Zeit, dass sich was dreht.

Es ist Zeit, dass wir nicht im kurzfristigen Krisenmodus agieren, sondern uns entscheiden, wie wir mit dieser neuen Realität der Systemkonkurrenz und Unberechenbarkeit internationaler Beziehungen umgehen.

Wie wir unseren Binnenmarkt schützen, unsere Arbeitsplätze sichern.
In dieser Situation, in der Besonnenheit gefragt wäre, schließen sich aber viele Arbeitgeber zusammen, um mit dem Finger auf euch – auf die Beschäftigten – zu zeigen.



Anstatt Verantwortung zu übernehmen und sich den wirklichen Herausforderungen zu stellen, machen sie euch zu Schuldigen der Krise. Und manche in der Politik stimmen in diesen Chor mit ein! Ergebenheit gegenüber dem Kapital. Und alle Erschwernisse auf die Schultern der Arbeitnehmerschaft!

Wir sagen: Genug ist genug! Wer uns zum Sündenbock machen will, wird unseren Widerstand erfahren.

Genug ist genug! Wer unser Mitbestimmungsrecht in den Betrieben angreift, wird unsere Kampfbereitschaft erleben.

Genug ist genug! Wer versucht, uns gegeneinander auszuspielen, unterschätzt unsere unerschütterliche Kraft der Solidarität.

Wir sind nicht das Problem, sondern die Voraussetzung zur Lösung! Und deswegen sagen wir: Erst unsere Jobs, dann eure Profite!

Konkret an die Politik gerichtet, sagen wir: Arbeitet an den wirklichen Ursachen dieser Krisen und fummelt nicht an unseren Arbeits- und Sozialrechten rum.

Der Versuch, den Acht-Stunden-Tag zu schleifen, ist ein Skandal. Schon heute ist der Arbeitsalltag vieler Beschäftigter durch steigenden Leistungsdruck, durch permanente Erreichbarkeit, durch Schicht- und Wochenendarbeit geprägt.

Ohne den Schutz durch den 8-Stunden-Tag könnten die Arbeitgeber künftig bis zu 13 Stunden Anwesenheit verlangen. Das ist eine Legalisierung der heute schon existierenden Ausbeutungsmodelle, wie wir alle sie im Paketdienst und anderswo doch schon sehen.

Wer das Arbeitszeitgesetz schleift, macht Arbeit nicht produktiver, sondern nur ungesünder und unsicherer. Und wir erleben ja bereits, dass die Debatte um die Arbeitszeit noch weiter ausufert:

Längere tägliche Arbeitszeiten sind offenbar nicht genug. Herr Söder will, dass ihr euch nicht so anstellt und mal eine Stunde mehr in der Woche arbeitet. Immer wieder kommt der irrsinnige Vorschlag, Feiertage sollten gestrichen werden. Und natürlich sollen wir alle länger arbeiten bis zur Rente.

Die Politik tut so, als wäre sie den Arbeitgebern einen Gefallen schuldig. Sie tut so, als wäre eure zu geringe Leistungsbereitschaft die Ursache der Krise. Sie tut so, als wäret ihr nicht stolz auf eure Arbeit und als müsste man euch daran erinnern.

Ich sage euch aber worum es wirklich geht: allein um Profit! Darum, Arbeit noch weiter zu verdichten, und noch mehr rauszupressen. Nicht zuletzt, um Stammebelegschaften noch weiter zu reduzieren.

Und was sollte das mit der „Lifestyle-Teilzeit“?! Diese Debatte war nicht nur falsch – sie ist respektlos. Ihr Frauen hier auf dem Platz, ihr sollt mal mehr in die Hände spucken, ihr Freizeit-Junkies. Fehlende Kinderbetreuung, zu pflegende Angehörige, Arbeitgeber, die Arbeitszeit nicht aufstocken wollen, ganze Branchen wie der Einzelhandel, die kaum noch Vollzeitstellen ausschreiben, völlige Überlastung in Pflege- und Lehrberufen... Das ist alles nicht mehr relevant?!



Aber ich sage euch eines: egal was die Gründe für Teilzeit sind – es geht die Politik nichts an! Es gibt keinen Arbeitszwang in Deutschland. Schafft gefälligst ordentliche Rahmenbedingungen für ein gutes, selbstbestimmtes Leben.

Und wegen alledem, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Regierung nicht von diesen Vorhaben ablässt, dann müssen wir nicht nur heute hier stehen und protestieren. Dann brauchen wir euch noch öfter in diesem Jahr auf den Plätzen und mit einer klaren Botschaft: Keine Experimente auf dem Rücken der Beschäftigten. Hände weg vom Arbeitszeitgesetz. Mit Macht für die Acht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

kommen wir zurück zu dem, was wirklich im Zentrum des Handelns und der Verantwortung stehen muss: Unternehmen, die nicht in ihre Standorte und Produkte investieren, fallen zurück oder vernichten Arbeitsplätze.

Aber während Beschäftigte um ihre Jobs bangen, passiert an unserer Börse etwas völlig anderes: Rekord-Dividenden von über 53 Milliarden Euro für Aktionäre werden ausgeschüttet. Werke werden infrage gestellt. Jobs werden abgebaut. Investitionen werden verschoben. Aber die Dividende steht. Sie ist unantastbar.

Oder schaut euch die Praxis von Warenhäusern an, wie etwa H&M, die Filialen schließen, um kurze Zeit später ein paar hundert Meter weiter eine neue Filiale zu eröffnen. Mit neuen Mitarbeitern zu schlechterer Bezahlung und schlechteren Arbeitsbedingungen, häufig ohne Betriebsrat und Tarifvertrag. Das ist kein Strukturwandel. Das ist organisierte Lohndrückerei.

Wir brauchen stattdessen Arbeitgeber, die sich klar und langfristig zum Standort Deutschland bekennen. Die in unserem Land investieren und ihre Strategien auf Zukunftsfelder ausrichten. Die mit Innovationen Arbeitsplätze sichern.

Ja, solche Unternehmen müssen sich dann auch auf die Unterstützung durch den Staat verlassen können. Mit Innovations- und Technologieförderung, mit schnellen Genehmigungsverfahren, mit einer attraktiven Infrastruktur und wettbewerbsfähigen Energiepreisen.

Und was wirklich ein Problem ist: im internationalen Vergleich sind die Energiekosten in Deutschland immer noch zu hoch, das weiß doch wohl jeder. Und zwar für Unternehmen, wie auch für Bürger*innen zuhause. Aber das Problem der hohen Energiepreise hat eben rein gar nichts mit den deutschen Lohnkosten oder mit dem Sozialstaat zu tun.

Wir müssen stattdessen unseren europäischen Binnenmarkt schützen gegen die staatlich gesteuerte Industriepolitik in China, mit ihren Subventionen und drastischen Sozial- und Umweltdumping. Und gegen die zutiefst unfaire Handelspolitik der USA.

Ich will, dass in Zukunft gilt: Wer in zentralen Feldern in Europa verkaufen will, muss auch überwiegend in Europa produzieren – „local-content“ heißt dieses Prinzip. Das ist die Antwort, die wir erwarten und für die wir kämpfen.



„Made in Europe“ muss bei allen öffentlichen Ausschreibungen und aller Förderung immer Vorrang haben.

Es ist gut, dass die Bundesregierung jetzt zumindest mit dem Bundestariftreugesetz deutlich macht: Wer einen öffentlichen Auftrag will, der muss nach Tarif zahlen. Das ist unser Erfolg! Seid stolz drauf!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir waren es auch, die seit Jahren deutlich gemacht haben, dass diese Schuldenbremse eine Zukunftsbremse ist und weg muss. Stattdessen kam das Sondervermögen und musste mit heißer Stricknadel in das Grundgesetz reingefummelt werden.

Ok, besser als weitere vier Jahre ohne Zukunftsinvestitionen, haben wir gesagt. Wie kann es aber sein, dass ausgerechnet diejenigen, die lange jede zusätzliche Investition blockiert haben, plötzlich Spielräume entdecken – nur um Steuergelder mit der Gießkanne zu verteilen?

Die pauschale Senkung der Unternehmenssteuer ist nichts anderes als das Verschleudern öffentlicher Mittel an Unternehmen, die oft gar keine Krise haben – eine unausgelegene Wette auf die Zukunft mit der Hoffnung, dass zusätzliche Gewinne irgendwie sinnvoll eingesetzt werden. Das ist keine Wirtschaftspolitik – das ist Klientelpolitik für das Kapital.

Besonders deutlich wird das bei der Steuersenkung für die Gastronomie – von der Ketten wie McDonalds, BurgerKing und Subway am meisten profitieren. Sind das jetzt die neuen systemrelevanten Industrien? Stecken diese Unternehmen wirklich in der Krise?

Gleichzeitig müssen wir aber um den Erhalt jedes einzelnen wertvollen Industriestandortes kämpfen. Gleichzeitig müssen wir begründen, woher das Geld für eine auskömmliche Rente für alle kommen soll. Gleichzeitig müssen wir zusehen, wie Schulen und Krankenhäuser immer weiter in Schieflage geraten.

Wir erwarten von Politik und Wirtschaft, dass die gewonnenen Spielräume für Investitionen in die Infrastruktur genutzt werden - für eine gesunde Wirtschaft und für unseren gemeinsamen Wohlstand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

und das gilt auch für bezahlbaren Wohnraum. Denn was nützen die besten Löhne, wenn am Ende des Monats die Miete alles auffrisst?

Auszubildende zahlen im Schnitt über 40% ihres Einkommens für die Miete, Studierende sogar über die Hälfte. Und über fünf Millionen Menschen konnten zuletzt ihre Wohnung nicht richtig heizen, weil das Geld fehlt. Das ist kein funktionierender Markt mehr. Das ist ein sozialer Notstand!

Deshalb brauchen wir einen starken öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau und klare Regeln bei Neuvermietungen. Wir sagen: Erst bezahlbare Wohnungen, dann Eure Profite!



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was unsere Gesellschaft tatsächlich droht auseinanderzureißen, ist die extrem ungerechte Verteilung von Vermögen – und die ungerechte Belastung von Arbeitseinkommen.

Das ist der große Konflikt. Es geht nicht um Jung gegen Alt, nicht um Migranten gegen Einheimische, nicht um Arbeitslose gegen Beschäftigte. Es geht schlicht um die Privilegien der Superreichen auf Kosten der großen Mehrheit. Und deswegen lassen wir nicht zu, dass die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine gerechte Erbschaftssteuer und ein höherer Spitzensteuersatz immer wieder unter den Teppich gekehrt werden.

Wer in diesem Land Steuererleichterung braucht, sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die brauchen Entlastung, nicht die Spitzenverdiener, nicht die Superreichen. Das stärkt auch die Nachfrage und damit die wirtschaftliche Dynamik.

So lange in unserem Land allein zwei superreiche Familien mehr Vermögen besitzen als die unteren 42 Millionen Bundesbürger zusammen, so lange gibt es nun wirklich keinen Grund für irgendwelche Verzichtsdiskussionen nach unten.

Und das gilt ganz besonders auch für die Rente. Die Rente ist ein zentrales Versprechen des Sozialstaats. Wer ein Leben lang arbeitet und einzahlt, muss im Alter sicher leben können. Und darauf müssen sich die Älteren ebenso verlassen können wie die Jüngeren.

Wer stattdessen immer nur private Vorsorge predigt, der soll erklären, wovon Menschen das überhaupt stemmen sollen. Wenn Altersvorsorge von der gemeinsam finanzierten gesetzlichen Rente in die private Vorsorge verschoben wird, dann bedeutet das einfach nur, dass die Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Weniger Sozialbeiträge und mehr Eigenleistungen, das ist ein direkter Nettoklau und keine Entlastung!

Ich kann die Politik nur davor warnen: Wer das Sicherungsniveau der Rente angreift, riskiert einen gesellschaftlichen Großkonflikt. Wir sind mobilisierungsfähig und mobilisierungsbereit, um Rentenklau abzuwehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das gleiche gilt für die Krankenversicherung. Was die Gesundheitsministerin Warken uns da letzte Woche vorgelegt hat, war eine Kampfansage. Es hat eine unverantwortliche Schlagseite zu euren Lasten. Es drohen massive Leistungskürzungen und gleichzeitig höhere Privatzuzahlungen. Mehr Zuzahlungen, weniger Zuschüsse und dann auch noch das Krankengeld kürzen! Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir abgeräumt!

Wir haben in alle Richtungen deutlich gemacht: solche ungerechten Einschnitte werden wir nicht schweigend akzeptieren. Und für uns ist auch klar: Gesundheit ist keine Ware!

Gesundheitsversorgung ist aber immer mehr ein Geschäftsmodell für Investoren geworden.



Investoren-Praxen rechnen beispielsweise 10% mehr ab als normale niedergelassene Ärzte. Damit muss Schluss sein! Private-Equity-Firmen haben im System der ambulanten und stationären Versorgung nichts verloren. Und deswegen sagen wir: Schluss mit euren Profiten, her mit unserer Gesundheit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Gewerkschaften in Deutschland mit starken Betriebs- und Personalräten sind die solidarische Macht für Gerechtigkeit und Fortschritt. Wir sind das Bollwerk gegen Rückfälle in die Anfangszeiten des Kapitalismus. Wir sind diejenigen, die Ausbeutung und Lohnraub wirkungsvoll im Wege stehen. Wir sind Schutz- und Gestaltungsmacht der Beschäftigten in Deutschland!

Eine sozial verantwortliche Marktwirtschaft lässt dann eben Demokratie auch nicht dort enden, wo das Kapital am stärksten ist.

Jede 5. BR-Neugründung ist inzwischen aber unter Beschuss. Beschäftigte werden eingeschüchtert, zermürbt oder systematisch ausgebremst. Das ist ein Skandal! Das ist ein Verbrechen gegen unsere Demokratie! Und deswegen muss es endlich konsequent auch genauso behandelt werden: als Straftat!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir setzen uns ein mit der Kraft der Solidarität für gute Arbeit, starke Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit. Wir wissen: Das gefällt nicht jedem. Und deswegen müssen wir immer wieder aufs Neue klar machen: Wenn man uns angreift, dann wehren wir uns!

Wir sind mobilisierungsfähig. In den Betrieben. In den Tarifrunden. Auf den Straßen.

Erst unsere Jobs – dann deren Profite!

Glückauf!